

**Datum:** 19. Januar 2011  
**Anlass:** Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 94. Plenarsitzung  
**Quelle:** Auszug aus dem Plenarprotokoll 16/84 des Nds. Landtages  
**Thema:** Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema "**Dioxinfunde in Futtermitteln - Verbraucherschutz und Landwirtschaft**" - Unterrichtung des Staatssekretärs des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/3244 des Nds. Landtages

**Gert Lindemann**, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, weil ich heute Morgen in Rundfunk und Presse gehört bzw. gelesen habe, es ginge heute darum, eine neue agrarpolitische und verbraucherpolitische Konzeption vorzustellen, darauf hinweisen, dass dieses für Anfang Februar im Agrarausschuss des Niedersächsischen Landtages geplant ist und dass sich das, was ich heute sagen werde - wie es auch angemeldet ist - auf das Dioxingeschehen beziehen wird und nichts darüber Hinausgehendes geplant ist.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Dioxinbefunde in Futtermitteln kurz vor Weihnachten haben die zuständigen niedersächsischen Behörden in die höchste Alarmstufe versetzt. Am 23. Dezember waren sowohl das anfänglich allein betroffene Futtermittelunternehmen als auch die von ihm belieferten landwirtschaftlichen Betriebe gesperrt. Jede neue Information wurde umgehend und, wie ich denke, auch professionell ausgewertet und in sachgerechte Maßnahmen umgesetzt.

Dazu gehörte, dass die niedersächsischen Behörden am 23. Dezember Schleswig-Holstein die Firma Harles und Jentsch als möglichen Verursacher der Dioxinkontamination benannt haben, am 28. Dezember die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Oldenburg wegen des Verdachts auf Betrug einbezogen wurde, konsequent die Strategie verfolgt wurde, vorsorglich alle Betriebe, die mit Dioxinen belastete Futtermittel erhalten haben konnten,

vom weiteren Handel auszuschließen und erst nach einer Risikobewertung wieder freizugeben,

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

am 7. Januar zusammen mit dem Bund die Europäische Kommission über ihr Vorgehen informiert haben, ständig durch ein Krisenteam koordiniert und lösungsorientiert gehandelt haben und handeln, nahezu rund um die Uhr arbeiten und im LAVES eine Urlaubssperre verhängt haben und an Wochenend- und Schichtarbeit herangegangen sind, runde Tische mit dem Bauernverband, der Futtermittelwirtschaft und der Geflügelwirtschaft eingerichtet haben, die Verbraucherzentrale direkt durch den Staatssekretär im persönlichen Gespräch informiert haben, auf der Homepage des ML und des LAVES unverzüglich die Codenummern der gesperrten Eier veröffentlicht haben und im LAVES eine kostenfreie Hotline für die Bürger eingerichtet haben.

Durch seine, wie ich meine, sorgfältige Arbeit hat das LAVES die unvollständigen Betriebslisten des Futtermittelwerks in Damme aufgedeckt und umgehend reagiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

ML hat unverzüglich die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, die auch sofort tätig geworden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben in einem Fünfpunkteprogramm Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen eine Wiederholung eines solchen Vorkommnisses zuverlässiger vermieden werden kann. Rechtliche Standards für die Eigenkontrollmaßnahmen, die räumliche Trennung der Produktion von Fetten und Fettsäuren für Futter- und Lebensmittel von denen zur technischen Verwendung, die Erweiterung der Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, die Verbindlichkeit der Futtermittelpositivliste und die Überprüfung des Sanktionsrahmens bei Verstößen sind die wichtigsten Ansätze, um mehr Sicherheit in der Futtermittelproduktion zu schaffen. Darin bin ich mir mit Frau Bundesministerin Aigner einig.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass gestern im Rahmen der Agrarminister- und Verbraucherschutzministerkonferenz zwischen Bund und Ländern konsensual ein Hand-

lungskonzept, auch mit meinen Vorschlägen, für unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel und Transparenz für den Verbraucher verabschiedet worden ist. Damit ist ein wichtiger und konkreter Schritt getan, um das Verbrauchervertrauen möglichst schnell zurückzugewinnen und unsere Landwirte vor neuem Schaden zu bewahren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Es gilt laut Bundesinstitut für Risikobewertung immer noch, dass aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse in Lebensmitteln eine Beeinträchtigung der Gesundheit der Verbraucher auch bei Verzehr belasteter Lebensmittel nicht zu befürchten ist.

Ich weiß, meine Damen und Herren, Dioxin ist ein Reizwort, und die Forderung nach Dioxinfreiheit liegt auf der Hand. Aber so einfach ist das Leben nicht. Dioxine sind infolge natürlicher Ursachen und als Folge unseres Lebensstils überall in der Umwelt verbreitet, und wir finden sie deshalb auch in vielen Lebensmitteln. Wir haben nur die Chance, die Dioxinaufnahme zu minimieren, darum zu kämpfen, dass jede vermeidbare Aufnahme abgestellt wird. Und deshalb verfolgen wir auch im aktuellen Vorgang die Strategie, jeden weiteren Eintrag in Lebensmittel zu unterbinden, und sperrten vorsorglich mehr als 4 400 landwirtschaftliche Betriebe - in dieser Dimension ein bisher einmaliges Ereignis im Verbraucherschutz.

(Johanne Modder [SPD]: Wohl wahr!)

Wir haben ganz eindeutig die höchste Priorität auf den Verbraucherschutz gelegt und nicht auf den Schutz der Landwirtschaft oder der Futtermittelhersteller, wie uns vorgeworfen worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Selbstverständlich wird das behördliche Handeln - wenn wieder etwas Luft ist - nachvollzogen und analysiert werden. Sollte sich in diesem Prozess Verbesserungspotenzial ergeben - und dies gilt auch in personeller Hinsicht -, wird dies konsequent zur Optimierung des zukünftigen Krisenmanagements genutzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in Zeiten der Krise schlagen die Emotionen hoch, was angesichts der Sauerei der Futtermittelverunreinigung mit Dioxin auch durchaus nachvollziehbar und berechtigt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es macht die Verbraucher, die Landwirte und die vielen Akteure in der Lebensmittelkette schlicht wütend zu sehen, welches verantwortungslose Vorgehen hier praktiziert wurde. Die Gesundheit von Menschen und Tieren wurde ebenso wenig geachtet wie das Gesetz. Der dadurch verursachte Vertrauensverlust ist immens.

Vonseiten der Grünen wird in dieser Situation erneut reflexhaft nach einer Agrarwende gerufen. Und auch das Feuilleton beteiligt sich an der erneuten Debatte um die „richtigen Strukturen“ in der Landwirtschaft. Ich möchte dazu sehr deutlich betonen: Ursache des Eintrags von Dioxin in die Lebensmittel ist nicht ein vermeintlicher Systemfehler unserer landwirtschaftlichen Strukturen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist eher ein Zufall und keineswegs schlüssige Logik, dass im aktuellen Geschehen Biobetriebe nicht betroffen sind.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Ah, Zufall! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das Thema hatten wir bei der Asse auch!)

Die Umsetzung in der öffentlichen Diskussion als Pauschalargument gegen die sogenannte Massentierhaltung und die konventionelle Landwirtschaft insgesamt ist relativ einfach und absurdum zu führen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei dem noch allgemein gut erinnerlichen Nitrofenvorgang in 2002 oder dem Dioxinmais aus der Ukraine waren nahezu ausschließlich Biobetriebe betroffen,

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Genau!)

und dies - dies sage ich ausdrücklich - genauso wenig schuldhaft wie die jetzt betroffenen konventionell wirtschaftenden Betriebe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

All dies ist unabhängig davon, ob Betriebe konventionell oder ökologisch wirtschaften, und es ist eindeutig auf kriminelles Handeln zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Vorgänge eignen sich deshalb absolut nicht dazu, Argumente für die Notwendigkeit eines um-fassenden Strukturwandels in der Landwirtschaft zu liefern.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Oh, oh!)

Wer sie trotzdem dazu verwendet, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, unsachlich und politisch unsauber zu agieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Genau so ist es!)

Die landwirtschaftlichen und eben hier ganz wesentlich betroffenen Betriebe in Niedersachsen sind überwiegend mittelständische Unternehmen, in aller Regel Familienunternehmen im besten Sinne des Wortes. Sie stehen übrigens seit Langem im Fokus der niedersächsischen Landespolitik, die genau diese mittelständischen Betriebe fördern und erhalten will. Oft sind niedersächsische Betriebe auf wenige Betriebszweige spezialisiert; denn genau dies ermöglicht ihnen ihre hohe Professionalität. Diese Spezialisierung verbessert in der Regel auch die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Betriebe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei einer arbeitsteiligen Wirtschaftsweise ist allerdings jeder auf ebenso professionelle und korrekt arbeitende Lieferanten und Abnehmer angewiesen. Innerhalb der Lebensmittelkette müssen da-her auf jeder Stufe Qualität und Sicherheit gewähr-leistet sein. Unverzichtbar ist hier funktionierende Qualitätsmanagementsysteme, aber auch staatliche Kontrolle.

Eine nostalgische Verklärung traditioneller Produktionsweisen dient hingegen weder der Landwirtschaft noch dem Verbraucher.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem dürfte auch jedem logisch denkenden Bürger unserer Gesellschaft klar sein, dass die immer wieder und auch in diesem Zusammenhang geforderte Regionalität der Produktion zwar wünschenswert, aber nicht für alle 80 Millionen Verbraucher in Deutschland eine machbare Lösung ist.

(Björn Thümler [CDU]: Wohl wahr!)

Ich halte es auch nicht für vernünftig, die Agrarförderung an eine möglichst große Zahl von Arbeitskräften zu binden. Die Grünen - jedenfalls haben sie es auf Bundesebene so gefordert - wollen hiermit den Biobetrieben etwas Gutes tun, doch de facto würden sie Großbetriebe mit vielen Arbeitskräften fördern.

(Björn Thümler [CDU]: Aha!)

Von manchen wird jetzt argumentiert, Lebensmittel seien zu billig und deshalb sei es kein Wunder, dass Lebensmittelskandale aufträten. Auch diese Argumentation stimmt eben nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie kann ein höherer Produktpreis eine Kontamination - sei es versehentlich oder absichtlich - verhindern? Höhere Lebensmittelpreise ändern nichts an dem Anreiz, minderwertige Rohstoffe zu verwenden und eine bessere Qualität als die tatsächlich vorhandene vorzutäuschen. Hier helfen nur Kontrolle und Strafverfolgung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich hinzufügen: Ein niedriger Lebensmittelpreis hat im Übrigen auch eine erhebliche soziale Komponente.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir heute, dankenswerterweise, eine Lebensmittelqualität nach höchsten internationalen Standards haben, so haben dies umfangreiches Fachwissen, äußerst empfindliche Analysemethoden, ein ausgefeiltes Überwachungssystem und strenge Gesetze bewirkt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss anmerken: Die Kontamination der Futtermittel ist nicht unvermeidbar gewesen; sie war auch kein Versehen. Sie ist mit krimineller Energie erfolgt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Leidtragende sind - neben den Verbrauchern - die mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe, nicht die großen Betriebe, die in integrierten Ketten ihre eigenen Futtermittelmühlen betreiben, nicht die kleinen Betriebe, die ihr eigenes Futter verwerten, sondern der Mittelstand, der sich arbeitsteilig aufgestellt hat und das Futter zukauft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer komplexen Welt. Nicht jeder ist bereit, sich mit den komplexen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Aber wir alle als Verantwortliche in diesem Aufgabenfeld dürfen uns dieser Mühe nicht entziehen. Es führt zur weiteren Verunsicherung der Bürger, wenn hier falsche Erwartungen geweckt werden.

Für die Landesregierung gilt: Wir handeln, wir klären auf, wir machen Lösungsvorschläge und tragen die Umsetzung auch auf Bundesebene mit. Der Verbraucherschutz hat dabei absolute Priorität.

Ich danke Ihnen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Patrick-Marc Humke [LINKE]: So haben Sie bei Frau Grotelüschen auch geklatscht!)